



**Gemeinsame Pressekonferenz mit dem BDEW und dem VKU**  
zum ver.di-Aktionstag 8. Oktober 2014

6. Oktober 2014, 10:00 Uhr – Bundespressekonferenz Berlin

## **Eingangsstatement Frank Bsirske, Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di**

*Es gilt das gesprochene Wort*

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Beschäftigten der deutschen Energieversorgungsunternehmen wissen, dass die Erfordernisse der Energiewende ihnen viel abverlangen und auch in Zukunft abverlangen werden – Flexibilität, Mit- und Umdenken, Mut, eingefahrene Gleise zu verlassen. Sie wissen das, und sie akzeptieren das. Sie tragen die Energiewende in vollem Umfang mit, aus umwelt- und klimapolitischen Gründen.

Und dennoch sind sie in großer Sorge. Was sie brauchen, ist Sicherheit, in welche Richtung sie sich beruflich entwickeln müssen, um einen sicheren und tariflich bezahlten Arbeitsplatz in ihrem Unternehmen zu behalten. Da hat insbesondere die im August 2014 in Kraft getretene EEG-Novelle schon vieles geklärt – und eröffnet auch langfristig gute Beschäftigungsperspektiven. Doch vieles ist auch noch ungeklärt – und verlangt dringend nach einem verlässlichen politischen Ordnungsrahmen.

Das gilt zu allererst für die Zukunft der Erzeugung in hocheffizienten, flexiblen Kraftwerken. Ihre Aufgabe wird sich wandeln, ganz klar. Doch wird sie nicht überflüssig. Weil die wesentlichen erneuerbaren

Energien der Zukunft –Wind und Photovoltaik – wetterabhängig sind, bilden die flexibel regelbaren Kraftwerke der Energieversorger die notwendige Reserve, um gleichsam als Ausgleichskraftwerke die Versorgungssicherheit rund um die Uhr aufrecht zu erhalten. Doch weil der Strommarkt die falschen Signale setzt, droht diesen doch für das Gelingen der Energiewende unbedingt erforderlichen Kraftwerken das wirtschaftliche Aus. Nur eine Zahl: Erdgaskraftwerke ab 20 Megawatt Leistung kamen im Jahr 2012 um ein Viertel weniger zum Einsatz als 2010, sie liefen im Schnitt nur noch ganze 2519 Volllaststunden (von möglichen 8890) im Jahr. Und der erzielbare Kilowattstundenpreis ist bis heute um rund 40 Prozent gesunken. Selbst viele moderne und klimaschonende Kraftwerke können bereits heute nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden – rund 20 000 Arbeitsplätze sind in Gefahr.

Innerhalb der Bundesregierung wird derzeit die Notwendigkeit eines zusätzlichen Kapazitätsmechanismus diskutiert, der die Defizite des Strommarkts behebt und gesicherter Leistung einen Preis zuerkennt. Gutachten, die die Notwendigkeit eines derartigen umfassenden Ansatzes in Zweifel ziehen, gehen von äußerst problematischen Annahmen aus, die die derzeitige hohe Versorgungssicherheit gefährden würden. So würde hingenommen, dass sich die jährlichen Ausfallzeiten der Stromversorgung drastisch erhöhen würden, die deutsche Stromversorgung in hohem Maße von Importen abhängig würde und Investitionen in neue Kraftwerke gleichsam unmöglich würden. Das müsste den Industriestandort Deutschland, der wesentlich von der bislang guten Infrastruktur profitiert, nachhaltig schwächen.

Das wollen wir nicht. Ich meine deshalb, das Gesetz zur Schaffung eines geeigneten Marktes für sichere Leistung sollte zügig vorgelegt werden, damit die Unternehmen Investitionssicherheit bekommen –

und die Beschäftigten in den Kraftwerken Sicherheit über ihre Zukunft.

Besonders gefährdet sind derzeit die Anlagen, die in umwelt- und klimafreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung laufen, die also neben Strom auch ortsnah in die kommunalen Wärme- und Kältenetze einspeisen. Die will die Bundesregierung, so steht es im Koalitionsvertrag, besonders fördern. Das bestehende Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz hat hierfür in der Vergangenheit wichtige Impulse gesetzt – doch mit der dramatischen Entwicklung am Strommarkt konnten die Förderbedingungen nicht mithalten. Insbesondere Bestandanlagen sind gefährdet – und damit ein Eckstein für die Energiewende im Strom- aber auch im Wärmemarkt. Auch hier muss dringend nachgebessert werden, um das Überleben dieser Anlagen zu sichern.